

nung ist solange aufrechtzuerhalten und nicht einzulösen, wie das Subjekt für die industriekonforme Nutzung noch interessant ist.

Mehr Freiheit durch mehr Abhängigkeit

Schlüsselqualifikationen haben die Funktion, Unklarheit und Unsicherheit zu organisieren, und zwar hinsichtlich der Prognosefähigkeit jener Qualifikationen, die zukünftig für den Arbeitsprozeß benötigt werden. Da Organisation auch eine Verteilung von sozialem Einfluß ist, stellt sich die Frage, wer hierbei mehr, wer weniger Macht hat bzw. erhält. Konkret: Das nur schlüsselqualifizierte Subjekt kann auf dem Arbeitsmarkt keine konkreten, nur allgemeine Qualifikationsansprüche einbringen. Diese aber sind weitgehend inflationär bzw. so wenig definiert, daß von ihnen ausgehend, wenig Einkommens- und noch weniger soziale Statusansprüche artikuliert werden können. Wenn jemand beispielsweise behauptet, er könne gut kommunizieren, dann bekommt er dafür nichts. Er muß seine Kommunikationsfähigkeit spezialisiert ins Wirtschaftssystem einbringen, d. h., er muß z. B. gut verkaufen können. Erst die Spezialqualifikation (das Verkaufen-Können) bringt die Chance für Einkommen und Ansehen. Damit aber stellt sich die wichtige Frage: Wer definiert eigentlich jene konkreten Qualifikationen, die dann den Arbeitsplatz, die Karriere, ermöglichen bzw. garantieren? HEID gibt die Antwort:

„Die ‚Entleerung‘ menschlichen Sollens und Wollens von der Bestimmung, Begründung und Beurteilung bestimmter Handlungszwecke und -inhalte liefert die Verfügung und Bewertung der Zwecke und Inhalte jeweiligen Sollens und Handelns an jene soziale Hierarchie ungleich Definitions- und Sanktionsmächtiger aus, die in den gesellschaftlichen Verhältnissen inkorporiert ist.“³

Im Klartext: Die Personalchefs, die Vorgesetzten, die Vertreter der partikularen Inter-

essen der Unternehmensleitungen gewinnen zusätzliche Definitionsmacht. Dies zu Lasten des arbeitssuchenden Subjektes. Es wird abhängiger von denen, die ihr Verständnis von Schlüsselqualifikationen und ihre Konkretisierungsvorstellungen zur Bewertung und zur Selektion verwenden. Die große Zahl von Optionen, die in der relativen Offenheit der Schlüsselqualifikationen als Chance dem Subjekt angepriesen werden, erhöhen dessen Risiken. Denn letztlich dienen Optionszuwachs und wachsende Verallgemeinerung der „Sicherstellung eines hohen Mobilitätsgrades bei unmittelbarer Anerkennung der Vorherrschaft des Gegebenen“.⁴

Ein Schritt zum Homo disponibilis. Die vergesellschaftete Individualisierung macht vor der Landnahme des Qualifikations-Selbst nicht Halt. Gewonnene Freiheit, um den Preis erhöhter Abhängigkeit. Die Paradoxie unserer verschärften Moderne findet im Konzept der Schlüsselqualifikationen ihren deutlichen Ausdruck. Der Schlüssel allein verspricht viel, nutzt aber wenig, wenn man nicht auch die Verfügungsgewalt über das Schloß hat.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Mertens, D.: Schlüsselqualifikationen. Thesen zur Schulung für eine moderne Gesellschaft. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 7 (1974) S. 36–43

² Schelsky, H.: Beruf und Freizeit als Erziehungsziele in der modernen Gesellschaft. In: Schelsky, H.: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Düsseldorf/Köln 1956, S. 160–181

³ Heid, H.: Erziehungsziel „Selbständigkeit“. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik (1991) 4, S. 268

⁴ Koneffke, G.: Integration und Subversion: Zur Funktion des Bildungswesens in der spätkapitalistischen Gesellschaft. In: Das Argument 11 (1969) 5/6, S. 407

Weitere kritische Publikationen zur Thematik „Schlüsselqualifikationen“:

Geißler, Kh. A.: Die Mär vom goldenen Schlüssel für eine goldene Zukunft. In: Frankfurter Rundschau Nr. 195, 24. 8. 1989, S. 13

Geißler, Kh. A.: Mit dem Qualifikations-„Schlüssel“ nach oben. Ein Begriff, der einen falschen Schein erzeugt. In: Frankfurter Rundschau Nr. 108, 10. 5. 1990, S. 35

Informationsaustausch zwischen Landesinstituten und dem Bundesinstitut

Bruno Tiedemann

Das nordrhein-westfälische Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest war vom 21. bis 23. Juni 1993 Gastgeber für ein erstes Informationstreffen zwischen Vertretern der Landesinstitute für Curriculumentwicklung und Lehrerweiterbildung und dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).

An diesem Treffen, das auf Initiative des Leiters der Gruppe berufliche Schulen im Kultusministerium Nordrhein-Westfalen, BRUNO TIEDEMANN und des Stellvertretenden Generalsekretärs des Bundesinstituts, HELMUT PÜTZ, zustande gekommen war, beteiligten sich die für Curriculumentwicklung und Lehrerfortbildung im Bereich der beruflichen Schulen verantwortlichen Experten des Staatsinstituts für Schulpädagogik und Bildungsforschung in München (ISB), des Comenius-Instituts in Dresden, des Niedersächsischen Landesinstituts in Hildesheim (NLI), des pädagogischen Landesinstituts Brandenburg in Ludwigsfelde (PLIB) und des Landesinstituts in Soest (LSW) sowie leitende Vertreter des BIBB in Berlin.

Wesentlicher Anlaß des Informationsaustauschs ist die Überzeugung, daß zur Umsetzung von neuen Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen in den Ländern auch eine Kooperation zwischen den zuständigen Landesinstituten und dem Bundesinstitut für Berufsbildung nützlich sei.

Anknüpfend an bestehende Kontakte des Landesinstituts in Soest, sollte das Treffen den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch vor allem im Bereich der Curriculumentwicklung für berufliche Schulen intensivieren. Die Teilnehmer begrüßten die nordrhein-westfälische Initiative und bekundeten, daß auch sie wegen der äußerst vielfältigen und dringenden Aufgabenstellungen im Bereich der beruflichen Bildung durch eine künftig zu intensivierende Information und Kooperation eine nachhaltige Unterstützung ihrer Arbeit erwarten. TIEDEMANN wies in diesem Zusammenhang auch auf das gemeinsame Ergebnisprotokoll von 1972 hin, nach dem seither Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne der KMK in abgestimmter Weise entwickelt worden sind. Die Umsetzung von neuen Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen in den Ländern könnte durch eine Kooperation der dafür verantwortlichen Institute künftig wesentlich erleichtert werden. PÜTZ unterstrich diese Ausführungen und betonte, daß das Bundesinstitut für Berufsbildung sich in diesem Rahmen als Fachpartner verstehe, wie die einzelnen Landesinstitute untereinander.

Breiten Raum nahm die Präsentation der Organisations- und Aufgabenstrukturen und der aktuellen Arbeitsschwerpunkte der einzelnen Institute ein. Hierdurch ergab sich ein interessantes Szenario, welches eine intensive Fachdiskussion auslöste.

Hierbei kristallisierten sich aber auch Themen, die in allen Instituten gleichermaßen von aktueller Bedeutung sind. Zu nennen sind hier der Fremdsprachenunterricht in der Berufsschule, der fächerübergreifende Unterricht und insbesondere die didaktische Verknüpfung von berufsübergreifenden (s. g.

allgemeinen) Fächern und berufsbezogenen Fächern. Ein weiteres zentrales Thema der Fachgespräche war die Förderung Benachteiligter in der beruflichen Bildung. Hierzu stellte PÜTZ die Ergebnisse eines Forschungsprojekts des BIBB vor.

Interesse fand auch die 1991 gegründete Arbeitsgemeinschaft „Berufsbildungsforschungsnetz“. Ziel dieser Arbeitsgemeinschaft ist, die informationelle Infrastruktur für freiwillige wissenschaftliche Arbeit zu verbessern und die Berufsbildungsforschung auf dieser Grundlage durch Austausch von Daten, Dokumentationen und Forschungsergebnissen zu fördern. Die Teilnehmer hielten die Arbeit dieser Arbeitsgruppe für grundsätzlich interessant.

Verlauf und Ergebnisse dieser Tagung wurden von allen Beteiligten für sehr anregend, hilfreich bewertet. Deshalb wurde vereinbart, vergleichbare Informationstreffen in regelmäßigen Abständen durchzuführen. Einladungen zu diesen Treffen sollen künftig an alle Landesinstitute und das Bundesinstitut in Berlin ergehen. Das ISB München erklärte sich bereit, das nächste Informationstreffen im Herbst 1994 auszurichten.

Weiterhin wird das Landesinstitut in Soest im Frühjahr 1994 eine Fachtagung ausrichten, die der Lehrplanentwicklung gemäß den Intentionen eines modernen handlungsorientierten Unterrichts gewidmet sein wird.

„Vorbereitung von psychisch Behinderten auf eine Fortbildung oder Umschulung“

Helena Podeszfa

Die Arbeitsgruppe „Psychisch Behinderte“ des Ausschusses für Fragen Behinderter (AFB) führte am 21. und 22. Juni 1993 in Berlin eine

Arbeitstagung zur „Vorbereitung von psychisch Behinderten auf eine Fortbildung oder Umschulung“ durch. Eingeladen waren Experten/-innen aus Einrichtungen, die unterschiedliche Ansätze bei der Vorbereitung von psychisch Behinderten auf eine Fortbildung oder Umschulung praktizieren.

Über die konkrete Ausgestaltung der Vorbereitungsmaßnahmen an den verschiedenen Lernorten (Rehabilitationseinrichtungen, andere Berufsbildungseinrichtungen, Betriebe) war bisher nur wenig bekannt. Zur Verbesserung der beruflichen Bildungschancen für psychisch Behinderte sind gezielte Vorbereitungsmaßnahmen aber unentbehrlich. Die Arbeitsgruppe „Psychisch Behinderte“ des AFB möchte durch die Arbeitstagung zu mehr Transparenz über die praktizierten Ansätze der Vorbereitung beitragen. Durch die Darstellung der verschiedenen Ansätze in einem Tagungsband soll ein Informationsaustausch und die Initiierung weiterer Maßnahmen vor Ort angeregt werden.

Es wurden Ansätze vorgestellt,

- die das Lernen am Arbeitsplatz in einem Betrieb des allgemeinen Arbeitsmarktes zum Training der beruflichen und sozialen Fähigkeiten nutzen. Die begleitende Beratung und Betreuung der psychisch Behinderten sowie der Mitarbeiter/-innen der Betriebe übernehmen bei diesen Ansätzen die Fachkräfte eines Bildungsträgers oder ein psychosozialer Dienst.
- die eine überbetriebliche Vorbereitung von psychisch Behinderten auf eine weitere Bildungsmaßnahme durchführen.

Ein privates Berufsförderungszentrum stellte eine fünfmonatige Berufsvorbereitungsmaßnahme für psychisch Behinderte vor.

Von Mitarbeiter/-innen des Berufsförderungswerkes Köln wurde eine speziell für die Zielgruppe „Psychisch Behinderte“ konzipierte sechswöchige Arbeitserprobung und